

Kalter Medienkrieg

04.11.2015

BERLIN/BRÜSSEL/TALLINN

(Eigener Bericht) - Mit einer eigens eingerichteten "Task Force" arbeitet die EU am Aufbau einer prowestlichen Medienöffentlichkeit in sieben Staaten Osteuropas und des Kaukasus, darunter Russland. Dies bestätigt die Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag. Demnach bemüht sich die "EU East Stratcom Task Force" um die Bildung von Netzwerken zu Journalisten in den Ländern der "Östlichen Partnerschaft" der EU und in Russland; außerdem werden "Kommunikationskampagnen" entwickelt, mit denen die Bevölkerungen dieser Staaten systematisch überzogen werden sollen. Als spezielle Zielgruppen werden unter anderem "junge Menschen" und Akademiker genannt; insgesamt richtet sich die Aufmerksamkeit der EU-Task Force offenbar vor allem auf urbane Mittelschichten, die in weiten Teilen Osteuropas stark prowestlich orientiert sind und unter anderem die ukrainischen Majdan-Proteste maßgeblich getragen haben. Über die inhaltliche Ausrichtung der Aktivitäten, die offiziell als "Förderung der Medienfreiheit" deklariert werden, erklärt die Bundesregierung, es gehe "wie bei der Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen, Parteien, Verbänden etc." darum, die eigenen Positionen "der Öffentlichkeit zu vermitteln". Die Regierung bestätigt außerdem, dass die EU-Task Force die Osteuropa-Aktivitäten der Deutschen Welle mit Blick auf "mögliche Synergieeffekte" prüft.

Strategische Kommunikation

Die Einrichtung der "EU Task Force" für die "strategische Kommunikation in Richtung der Länder der Östlichen Partnerschaft und Russland" ("EU East Stratcom Task Force") geht letztlich, wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke bestätigt, auf einen "Anstoß" der EU-Außenminister vom 29. Januar 2015 zurück. Am 19. März 2015 erteilte dann der Europäische Rat der EU-Chefaußenpolitikerin Federica Mogherini offiziell den Auftrag, einen "Aktionsplan für die strategische Kommunikation" mit Stoßrichtung gegen Moskau zu erstellen. Anfang April begann der von Mogherini geführte Europäische Auswärtige Dienst (EAD), die Task Force aufzubauen und den gewünschten "Aktionsplan" zu verfassen. Letzteren legte Mogherini am 22. Juni vor. Das Dokument beschreibt die Aufgaben der Task Force, die am 1. September offiziell die Arbeit aufgenommen hat. Formal ist sie dem EAD-"Referat für strategische Kommunikation" eingegliedert und umfasst rund zehn Mitarbeiter, die zuvor in den EU-Institutionen oder für EU-Mitgliedstaaten tätig gewesen sind. Die Bundesregierung weist ausdrücklich darauf hin, dass sie "Arbeitskontakte zu allen Mitarbeitern" der "EU East Stratcom Task Force" unterhält.[1]

Klassische PR

Wie es im "Aktionsplan für die strategische Kommunikation" heißt, wird die "EU East Stratcom Task Force" nicht nur in der "Östlichen Partnerschaft" [2], sondern auch "darüber hinaus" tätig werden. Der Bundesregierung zufolge ist damit Russland gemeint. Der "Aktionsplan" sieht vor, dass die Task Force Materialien zu Themen verfasst, bei denen die Außendarstellung der EU zu wünschen übrig lasse oder bei denen Brüssel "Desinformationskampagnen" ausgesetzt sei.[3] Über die inhaltliche Ausrichtung bestätigt die Bundesregierung, es gehe "wie bei der Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen, Parteien, Verbänden etc." darum, die inhaltlichen Positionen der EU "gegenüber der Öffentlichkeit zu vermitteln" [4]; es handelt sich somit um klassische PR. Die "EU East Stratcom Task Force" wird ihre PR-Materialien der EU, deren Pressestellen, den EU-Delegationen und den Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen, heißt es im "Aktionsplan". Damit wird die Brüsseler Außendarstellung in ihren Inhalten straff zentralisiert.

Kommunikationskampagnen

Die "EU East Stratcom Task Force" soll darüber hinaus "Kommunikationskampagnen" entwickeln,

die je auf ein "Schlüsselpublikum" ausgerichtet sind und Themen behandeln, die für ihr Publikum "Bedeutung" haben, darunter auch "lokale Angelegenheiten". Als wichtige Zielgruppe benennt die Bundesregierung "die örtliche Bevölkerung". Der EU-"Aktionsplan" zählt weitere Zielgruppen auf: "junge Menschen", Akademiker (darunter Stipendiaten des Programms "Erasmus plus") wie auch Personen aus der "Zivilgesellschaft". Der Schwerpunkt liegt demnach auf urbanen Mittelschichten - Milieus, die in weiten Teilen Osteuropas ihre Aufstiegshoffnungen auf die Kooperation mit dem Westen setzen. Die ukrainischen Majdan-Proteste wurden zum großen Teil von urbanen Mittelschichten getragen.[5]

Mediennetzwerke

Nicht zuletzt soll die "EU East Stratcom Task Force" Netzwerke zu Multiplikatoren in Osteuropa aufbauen, um "die Wirkung und die Effizienz ihrer Kommunikationsaktivitäten zu maximieren".[6] Als zentrale Bestandteile der Netzwerke werden "Journalisten und Medienvertreter" genannt; Ziel sei es, "die EU-Politik besser zu vermitteln", heißt es im "Aktionsplan". Journalisten aus der Region sollen Fortbildungen erhalten, "um sie besser in die Lage zu versetzen, über Themen von Bedeutung für die lokale Bevölkerung zu berichten". Zudem sollen sie mit Kollegen aus anderen osteuropäischen Staaten vernetzt werden. Darüber hinaus gehe es darum, "Kontakte zu Akteuren der Zivilgesellschaft aufrechtzuhalten", heißt es weiter im "Aktionsplan". Bei der Koordinierung sollten die EU-Delegationen in den Zielstaaten unterstützend tätig werden. Den Netzwerken werden ausdrücklich politische Aktivitäten zugedacht: Es gehe darum, "Reformbestrebungen vor Ort zu unterstützen", hält der "Aktionsplan" fest. Finanzielle Unterstützung wird dabei, wie die Bundesregierung erläutert, nicht über die EU-Task Force abgewickelt, sondern "über verschiedene Finanzinstrumente der Europäischen Kommission sowie durch einzelne Mitgliedsstaaten".

Kooperation mit der NATO

Zu den Kooperationspartnern der "EU East Stratcom Task Force" gehört auch die NATO. Wie die Bundesregierung einräumt, arbeitet die Task Force mit dem Exzellenzzentrum für Strategische Kommunikation (Center of Excellence for Strategic Communication, CoE StratCom) in der lettischen Hauptstadt Riga zusammen. Zwar gebe es "bislang keine formale Kooperation", erklärt Markus Ederer, Staatssekretär im Auswärtigen Amt: "Es wird jedoch für fachliche Zwecke und zum Informationsaustausch Verbindung gehalten." So übersende die "EU East Stratcom Task Force" "wöchentlich Berichte über russische Informationsaktivitäten an das CoE StratCom".[7]

Wichtiger als Panzer

Der Bundesregierung zufolge prüft die "EU East Stratcom Task Force" auch eine Zusammenarbeit mit der staatsfinanzierten Deutschen Welle. Sie habe sich bereits "einen Überblick" über deren Osteuropa-Aktivitäten verschafft - mit dem Ziel, "mögliche Synergieeffekte zu identifizieren und damit zu stärkerer Kohärenz beizutragen", teilt Staatssekretär Ederer mit. Hintergrund ist, dass die Deutsche Welle unter anderem ihre Aktivitäten in den baltischen Staaten deutlich ausgeweitet hat - mit dem Ziel, dort die russischsprachigen Minderheiten zu erreichen, die insbesondere in Estland und Lettland massiv diskriminiert werden, oft enge persönliche Bindungen nach Russland unterhalten und deshalb als potenziell illoyal gelten (german-foreign-policy.com berichtete [8]). So hat die Deutsche Welle im Mai eine Kooperationsvereinbarung mit dem estnischen Staatssender ERR geschlossen, der zufolge die Deutsche Welle ihrem estnischen Vertragspartner russischsprachige Sendungen zur Verfügung stellen und ERR-Journalisten fortbilden wird. ERR hat nun am 28. September mit ETV+ den ersten russischsprachigen Fernsehkanal Estlands in Betrieb genommen. Wie berichtet wird, genießt ETV+ bei seinen Bemühungen, den Einfluss russischer Medien auf Estlands russischsprachige Minderheit zu brechen, die Unterstützung nicht nur der Deutschen Welle, sondern auch der NATO, die laut einem ARD-Bericht die technische Ausstattung eines Regionalstudios finanziert. Nicht ohne Grund: Wie der stellvertretende ERR-Intendant Ainar Ruusaar erklärt, kann "Journalismus heutzutage wichtiger sein ... als ein Panzer".[9] Auszüge aus dem "Aktionsplan für die strategische Kommunikation" finden Sie [hier](#). Weitere

Informationen zur NATO-PR gegen "russische Desinformation": [Informationskrieg](#).

[1] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander Neu, Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Niema Movassat u.a. und der Fraktion Die Linke. Berlin, 22.10.2015.

[2] Die "Östliche Partnerschaft" der EU umfasst Belarus, die Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshan.

[3] Action Plan on Strategic Communication. Ref. Ares(2015)2608242 - 22/06/2015. Auszüge finden Sie [hier](#).

[4] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander Neu, Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Niema Movassat u.a. und der Fraktion Die Linke. Berlin, 22.10.2015.

[5] S. dazu [Umsturz per Krise](#).

[6] Action Plan on Strategic Communication. Ref. Ares(2015)2608242 - 22/06/2015.

[7] Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander Neu, Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Niema Movassat u.a. und der Fraktion Die Linke. Berlin, 22.10.2015.

[8] S. dazu [Strategische Kommunikation](#).

[9] "Wichtiger als Panzer". www.tagesschau.de 26.10.2015.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59240>

Aktionsplan gegen Russland

04.11.2015

BRÜSSEL

EU-Chefaußenpolitikerin Federica Mogherini hat am 22. Juni einen "Aktionsplan für die strategische Kommunikation" mit antirussischer Stoßrichtung vorgelegt. [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) dokumentiert Auszüge.

ACTION PLAN ON STRATEGIC COMMUNICATION

1. Context

The use of communication tools has played an important role in the dramatic political, economic and security related developments that have affected the EU's eastern neighbourhood over the past year and a half. This has been recognized by the European Council that, in its conclusions of 20 March 2015, "stressed the need to challenge Russia's ongoing disinformation campaigns and invited the High Representative, in cooperation with Member States and EU institutions, to prepare by June an action plan on strategic communication."

The European Council further referred to the "establishment of a communication team" as "a first step in this regard". A start-up team (East StratCom Team) has now been established (see point 5.a) This Action Plan has been developed by the East StratComTeam in cooperation with the EU institutions and Member States. It outlines the measures foreseen in relation to EU Strategic Communication on issues related to the Eastern neighbourhood and beyond, as well as wider EU efforts in support of media freedom and strengthening of the overall media environment. The East StratCom Team will maintain an overall coordinating and monitoring role in relation to its implementation.

...

5. Key areas for action

a) Increase EU Strategic Communication capacity

In line with European Council conclusions of March 2015, a start-up team has been established within the EEAS, with contributions from EU institutions. The Team will also include experts from EU Member States, and is expected to reach full capacity by 1 September 2015. The work of the team is focused on proactive communication of EU policies and activities in the Eastern neighbourhood and beyond. In particular the Stratcom Team will develop dedicated communication material on priority issues, where EU strategic communication needs to be improved or the EU is subject to disinformation campaigns. Such products will be put at the disposal of the EU's political leadership, press services, EU delegations and EU Member States. The Team will develop communication campaigns targeting key audiences and focused on specific issues of relevance to those audiences, including local issues. The actions of the East Stratcom Team will build on existing work and will be coherent with wider EU communication efforts, including activities of the EU institutions and EU Member States.

b) Work with partners and development of networks

The development of effective networks of communicators will be key to maximising and amplifying the impact and effectiveness of the communication activities undertaken by the East Stratcom Team. Networks should provide a platform for relevant stakeholders to exchange products and ideas, to amplify communication messages, and to coordinate their activities. EU level networks will aim to improve the overall coherence and coordination of EU messaging in relation to the Eastern Neighbourhood.

Networks will be built incrementally so as to include key communicators in the EU institutions and delegations, EU Member States, like-minded third countries, regional and international organizations, and partner country administrations. In parallel, networks of journalists and media representatives will be developed with a view to better communicating EU policies and supporting independent media in the region. Contacts will also be maintained with civil society actors.

...

e) Public Diplomacy Initiatives in the neighbourhood

The EU will engage with local populations - including young people, members of academia and civil society - via longer term public diplomacy initiatives aimed at exposing target audiences to the EU, explaining EU policies, promoting dialogue, and ensuring that citizens are generally well informed about the EU. Specific support is foreseen under the Partnership Instrument and the Jean Monnet programme, as well as ongoing support for Erasmus Plus.

f) Capacity building for journalists and media actors

The EU will support targeted training and capacity building of journalists and media actors in the region, notably via the OPEN neighbourhood communication programme which will run from 2015-2019. This programme will build on experience of the previous programme, and will include opportunities for placements with EU based media to facilitate exchange of best practice. The EU will consider how best it can support training for journalists experiencing conflict situations, to better enable them to report on issues of relevance to local populations. Coordination with key partners and Member States in relation to their training and capacity-building efforts will be ensured through dedicated networks and coordination by EU delegations on the ground. The EU will also consider how best it can support the development of a network of journalists throughout the region to exchange information, encourage best practice, and act as advocates for local reform efforts.